

Petitionsausschuss
Die Vorsitzende

Herrn
Jochen Pleines
Dachsweg 6

78532 Tuttlingen

11011 Berlin, 25.09.2006
Platz der Republik 1
Fernruf (030) 227-35257
Telefax (030) 227-36027
Pet 2-15-08-6110-038040

Sehr geehrter Herr Pleines,

der Deutsche Bundestag hat Ihre Petition beraten und am 21.09.2006 beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen.

Er folgt damit der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (BT -Drucksache 16/2529), dessen Begründung beigefügt ist.

Mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages ist das Petitionsverfahren beendet.

Mit freundlichen Grüßen

Kersten Naumann

Anlage: - 1 -

Pet 2-15-08-6110-038040

78532 Tuttlingen

Einkommensteuer

Beschlussempfehlung

Das Petitionsverfahren abzuschließen.

Begründung

Mit der Petition wird die Regelung des § 22 Einkommensteuergesetz beanstandet.

Nach Auffassung des Petenten sei die jetzige Regelung teilweise verfassungswidrig, weil Renten aus freiwilligen Beiträgen vom versteuerten Einkommen nicht mit ihrem Ertragsanteil, sondern bei Rentenbeginn 2005 mit 50% (später höher) zu versteuern seien. Dies stelle eine Ungleichbehandlung zur privaten Rentenversicherung dar, die nur mit ihrem Ertragsanteil versteuert würde. Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung aus freiwilligen versteuerten Beiträgen und aus privaten Rentenversicherungen müssen jedoch steuerlich gleichbehandelt werden, weil es für die Besteuerung unerheblich sein müsse, an welche Versicherung die Beiträge gezahlt worden seien.

In seinem konkreten Fall habe der Petent bis zum 31.12.2004 438 (36,5 Jahre) freiwillige Beiträge gezahlt. Daraus würden sich 11 ,964 Entgeltpunkte ergeben. Die ab 2005 gezahlte Rente sei nach geltendem Recht mit 50% zu versteuern und nicht mit ihrem Ertragsanteil von 22%. Aus den Steuerbescheiden von 1994 bis 2004 würde nachweislich hervorgehen, dass die freiwilligen Beiträge aus versteuertem Einkommen gezahlt worden seien. Mit der Petition soll erreicht werden, dass der entsprechende Paragraph geändert würde, was den lästigen und unnötigen Gang zum Bundesverfassungsgericht überflüssig machte.

noch Pet 2-15-08-6110-038040

Sein Fall sei anders zu beurteilen als andere Petitionen zur Problematik der zweifach Besteuerung, mit denen sich der Petitionsausschuss schon befasst habe. Dort sei der nichtversicherungspflichtige Personenkreis nicht berücksichtigt, der steuerlich als Arbeitnehmer (hier: Beamter) behandelt worden sei und deshalb nur einen gekürzten Vorwegabzug erhalten habe.

Die freiwilligen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung seien deshalb, soweit ein gekürzter Vorwegabzug gewährt worden sei und der begrenzte Sonderausgabenabzug ausgeschöpft gewesen sei, ausschließlich aus versteuertem Einkommen gezahlt worden. Insofern sei zu fordern, dass der § 22 Einkommensteuergesetz (EStG) um eine Regelung ergänzt werde, die sich auf die Zahlung der freiwilligen Beiträge für mindestens 10 Jahre aus versteuertem Einkommen beziehe.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich unter Einbeziehung zweier Stellungnahmen des Bundesministeriums der Finanzen (BMF), von denen die vom 22.11.2005 dem Petenten bekannt ist, wie folgt dar:

Der Petitionsausschuss kann der Eingabe nicht entsprechen.

Zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf die der Akte beigefügten und dem Petenten bekannten Beschlussempfehlung zur Petition mit dem Aktenzeichen: Pet 2-15-08-6110-018705 hingewiesen, die sich ausführlich mit den Grundzügen und der Struktur des Gesetzes zur Neuordnung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen (Alterseinkünftegesetz) befasst. Der Schwerpunkt dieses Gesetzes ist der Übergang zur nachgelagerten Besteuerung von Altersbezügen mit einer bis zum Jahr 2040 reichenden Übergangsregelung.

noch Pet 2-15-08-6110-038040

Soweit der Petent für seinen speziellen Fall reklamiert, dass seine freiwilligen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung aus versteuertem Einkommen erbracht worden seien, führt das BMF in seiner Stellungnahme aus, dass auch diese Beiträge im Gesamtzusammenhang alle Versicherungsbeiträge einem einheitlichen Abzugsrahmen unterlegen hätten und dadurch zumindest teilweise, zuletzt im Rahmen des Sonderausgabenabzugs, von der Besteuerung freigestellt worden seien. Seinem Problem der Besteuerung im Einzelfall komme in der Masse der Fälle über die Dauer der Zeit keine herausragende Bedeutung zu. Der Gesetzgeber habe von der ihm durch das Bundesverfassungsgericht eingeräumten Befugnis Gebrauch gemacht, zu einer weitgehenden Typisierung und Pauschalierung zu kommen. Zur weiteren Vermeidung von zweifachen Besteuerungen sehe das Gesetz zudem den Übergang zur vollständigen nachgelagerten Besteuerung im Rahmen einer 35-jährigen Übergangsfrist vor. Eine Doppelbesteuerung sei ausgeschlossen, wenn die aus versteuertem Einkommen erbrachten Beitragsleistungen in der Zeit des durchschnittlichen Rentenbezugs nominell steuerunbelastet zurückfließen könnten. Dabei seien die steuerlichen Abzugs-, Pausch- und Freibeträge zu berücksichtigen. Dies treffe beim Petenten im Ergebnis zu.

Der Petitionsausschuss hält die Stellungnahme des BMF, wonach auch die freiwilligen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung im Gesamtzusammenhang aller Versicherungsbeiträge zu betrachten und einem einheitlichen Abzugsrahmen unterlegen hätten, für sachgerecht und nachvollziehbar. Insofern geht die Grundannahme des Petenten fehl, dass seine Beiträge gänzlich aus unversteuertem Einkommen geleistet worden seien. Der Petitionsausschuss kann keine ausreichende Begründung für die vom Petenten geforderte zusätzliche Regelung im § 22 EStG erkennen, die die steuerliche Behandlung von Renteneinkünften betrifft, die ausschließlich aus versteuertem Einkommen entstammen. Die typischen Fälle werden nach den bestehenden Vorschriften durch die Umstellung der Besteuerung nicht schlechter gestellt, die langjährige Übergangsfrist dämpft zudem etwaige negative steuerliche Folgen für Altfälle in ausreichender Weise.

noch Pet 2-15-08-6110-038040

Nach alledem empfiehlt der Petitionsausschuss, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil der Eingabe nicht entsprochen werden kann.